

Bongartz, Bärbel

Working Paper

Ideologieübergreifende Radikalisierung als sozialstrukturelles Problem. Überlegungen zur Trennschärfe von Begriffen und interdisziplinären Aufgaben der Radikalisierungsforschung

IUBH Discussion Papers - Sozialwissenschaften, No. 2/2020

Provided in Cooperation with:

IU International University of Applied Sciences

Suggested Citation: Bongartz, Bärbel (2020) : Ideologieübergreifende Radikalisierung als sozialstrukturelles Problem. Überlegungen zur Trennschärfe von Begriffen und interdisziplinären Aufgaben der Radikalisierungsforschung, IUBH Discussion Papers - Sozialwissenschaften, No. 2/2020, IUBH Internationale Hochschule, Erfurt

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/216778>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

IUBH Discussion Papers

SOZIALWISSENSCHAFTEN

Ideologieübergreifende Radikalisierung als sozialstrukturelles Problem.

Überlegungen zur Trennschärfe von Begriffen und interdisziplinären
Aufgaben der Radikalisierungsforschung

Bärbel Bongartz

IUBH Internationale Hochschule

Main Campus: Erfurt

Juri-Gagarin-Ring 152

99084 Erfurt

Tel. 0421 – 1669 85 23

Kontakt/Contact: [k.janson@iubh.de/](mailto:k.janson@iubh.de)

Autorenkontakt/Contact to the author(s):

Prof. Dr. Bärbel Bongartz

IUBH Campus Hamburg

Waterloohain 9

D-22769 Hamburg

Email: b.bongartz@iubh-dualesstudium.de

IUBH Discussion Papers, Reihe: Sozialwissenschaften, Vol. 1, Issue 2 (3/2020)

ISSN-Nummer: ISSN 2699-2574

Website: <https://www.iubh.de/hochschule/publikationen/>

Ideologieübergreifende Radikalisierung als sozialstrukturelles Problem.

Überlegungen zur Trennschärfe von Begriffen und interdisziplinären Aufgaben der Radikalisierungsforschung

Bärbel Bongartz

Abstract:

It is difficult to reach scientific agreement on concepts and explanations of the phenomenon of terrorism. One reason may be the diversity of terrorist acts, another is certainly the imprecise and careless use of the term. The struggle for a conceptual framing of the phenomenon of terrorism and a precise definition remains; some terrorism researchers, such as Christopher Daase, even argue that the search for the semantic core of terrorism should be abandoned (Daase, 2011, p. 29). This must not lead to abandoning research into the nature of terrorism. Rather, it is time to expand the phenomenon conceptually, in order to then specify it again in its diversity. A first theoretical appeal is to focus less on the concept of terrorism and more on facets of politically motivated crime, including hate crimes.

Keywords:

Ideologieübergreifende Radikalisierung, theoretische Ansätze der Radikalisierungsforschung, interdisziplinäre Zusammenarbeit, Terrorismus, Hassverbrechen

Was ist neu am sogenannten neuen Terrorismus?

Wissenschaftliches Einverständnis über Begriffe und Erklärungen zum Phänomen Terrorismus zu erzielen, ist schwer. Ein Grund mag in der Vielgestaltigkeit terroristischen Handelns liegen, ein anderer sicherlich darin, dass der Begriff unpräzise und leichtsinnig verwendet wird.

Das Wort Terror soll ursprünglich das Gefühl des Erschreckens vor der Grausamkeit einer Macht, die das Leben bedroht, ausdrücken. Abgeleitet vom lateinischen Wort „territio“ umschreibt der Begriff das Gefühl höchsten Schreckens.

Erstmals als politischer Begriff wurde „La Terreur“ in der Französischen Revolution verwendet, um die Art der Herrschaft der Jakobiner zu beschreiben. Im heutigen Sprachgebrauch ist mit Terrorismus nicht mehr nur die Schreckensherrschaft eines staatlichen Souverän gemeint. Die Bedeutung des Begriffs hat sich erweitert und schließt revolutionäre, staatsfeindliche und religiöse Aspekte ein. In einer weiterführenden Betrachtung ist es vor dem Hintergrund vermehrter politisch motivierter Anschläge der Jahre 2016-2020 unabdingbar, auch den Begriff Hasskriminalität als Methode politisch motivierter Kriminalität mit in den Vordergrund zu rücken.

Hassverbrechen als politisch motivierte Kriminalität

Obwohl sich Phänomene, die heute als Hate Crimes beschrieben werden, bereits in der Bibel finden lassen und beispielsweise das FBI schon während des Ersten Weltkrieges beschäftigte, wird der Begriff selbst erst seit den 1980er Jahren in den USA verwendet. Wenige Jahre später wurde er auch in der europäischen Diskussion adaptiert (Bongartz 2013, S. 42). Von den Taten geht jeweils eine Botschaft aus.

„Botschaft“ meint in diesem Zusammenhang, dass durch die Tat nicht nur das unmittelbare Opfer verletzt und in Angst und Schrecken versetzt werden soll, sondern eine gesamte potentielle Opfergruppe in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt und eingeschüchtert werden soll. Die körperlichen und/oder psychischen Verletzungen oder die Beschädigung des Eigentums erfolgten mit dem Ziel, die Persönlichkeit des Opfers zu treffen und damit gleichzeitig auch das Selbstempfinden der Opfergruppe empfindlich zu verletzen (Rössner/Bannenberg/Coester 2010, S. 6). Das vorurteilsrelevante Merkmal ist nicht individuell, sondern gruppenspezifisch (Krupna 2009, S. 13). Damit steht eine ablehnende Haltung gegenüber einer fremden Gruppe und deren Mitgliedern im Vordergrund, die sich auf das Stereotyp und eine negative Bewertung der fremden Gruppe stützt und in diskriminierendem oder gewalttätigem Verhalten zum Ausdruck kommt (Rössner, Bannenberg und Coester 2010, S. 5).

Wesentlich ist, dass seit der Neugestaltung des Definitionskataloges zu politisch motivierter Kriminalität im Jahr 2001 eine Tat oder deren Planung nicht mehr die Auflösung oder Außerkraftsetzung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel haben muss, um der politisch motivierten Kriminalität zugeordnet zu werden. Wenn eine Tat Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise aufweist und ursächlich für die Tatbegehung ist, werden diese Taten ebenfalls zur politisch motivierten Kriminalität gerechnet (Bongartz 2013, S. 33).

Insofern sind die Begriffe Terrorismus und Hasskriminalität als politisch motivierte Taten zu klassifizieren, gleichzeitig muss der Blick auf die Unterschiede gewendet werden und eine begriffliche Trennschärfe bei der Analyse der Attentate der letzten zehn Jahre stattfinden.

Politisch motivierte Gewalttaten als strategische Methode

Terrorismus beschreibt eine Methode, eine Strategie, um durch das Erzeugen größtmöglichen Schreckens ein politisches Ziel zu erreichen: Attentaten z.B. in Madrid, London, Paris, Brüssel, Berlin, Manchester, Halle und Hanau zeigen das.

Im Juni 2015 hat ein bewaffneter Attentäter in einem Club in Orlando im US-Bundesstaat Florida 49 Menschen getötet und 53 Menschen verletzt hat. Er hatte in einem LGBT-Club (LGBT steht für „Lesbian, Gay, Bisexual“ und „Transgender“) um sich geschossen. Auch hier wurde von einem Terroranschlag gesprochen. Gleiches gilt für die Tat auf eine Synagoge in Halle oder den Anschlag in Hanau. Im Jahr wurde 2011 der Öffentlichkeit die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrund“ bekannt. Seitdem sprechen Experten und Journalisten vom sogenannten „braunen Terrorismus“. Im Juli 2011 hat in Norwegen in zwei zusammenhängenden Anschlügen ein Täter 77 Menschen getötet. Er sei ein christlicher Fundamentalist und rechtsextrem, schreibt der Tagesspiegel am 23.07.2011. Ist das sogenannter brauner Terror?

Was ist zu Beginn des Jahres 2020 schwerer zu erklären als zum Beispiel im September 2001? Das waren doch Terroristen, die am 11. September 2001 in die Türme des World-Trade-Center in New York geflogen sind?

Eigenschaften politischer Gewaltaktionen

Kann man diese Taten unter den Begriff des Terrorismus fassen? Ist Terrorismus eigentlich Kriminalität? Oder Krieg? Oder Hassverbrechen? Stimmt die begriffliche Rahmung? Verwenden wir die richtigen Vokabeln?

Nach dem Prinzip der positivistischen Beobachtbarkeit erfordert eine theoretische Begriffsbestimmung die Zurückführbarkeit auf die unmittelbare Erfahrung (Fuchs-Heinritz et al. 1995, S.85). Kriminalitätsphänomene wandeln sich, deshalb ist das mit der unmittelbaren Erfahrung so eine Sache: Was ist unsere unmittelbare Erfahrung mit Terrorismus?

Eine Definition zeichnet sich durch die genaue Angabe von Eigenschaften der Sachverhalte und der Festlegung von Worten aus. Vergleicht man die Anschläge des 11. September 2001 mit den Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds ist die „genaue Angabe von Eigenschaften“ schwierig. Die Eigenschaften der Gewaltaktionen ähneln sich nicht derart, dass die betrachteten Sachverhalte operationalisierbar werden. Auch bei Taten, die als islamistischer Terror bezeichnet werden, gibt es Unterschiede. Da stehen klandestine Gruppen von sogenannten Schläfern, die auf Anweisung warten und dann gemeinsam zuschlagen und die sogenannten Einsamer-Wolf-Terroristen nebeneinander. Beide üben Gewalt aus, verbreiten (größtmöglichen) Schrecken, die Taten entsetzen. Und Halle? Und Norwegen? Und Hanau? Sind die Täter Einsamer-Wolf –Terroristen? Die Struktur des Anschlags ist der der islamistischen Einsamer-Wolf-Terroristen sehr ähnlich. Die genaue Angabe von Eigenschaften der Taten gelingt gut: Ein Einzeltäter ermordet sehr viele Menschen, verfolgt eine politische Strategie und verbreitet großen Schrecken.

Soziale Bedingungen terroristischen Handelns

Friedhelm Neidhard beschreibt 1982 (am Beispiel der Baader Meinhof Gruppe) soziale Bedingungen terroristischen Handelns, wonach sich drei Untersuchungsebenen destillieren lassen, auf denen terroristisches Handeln als soziales Handeln betrachtet werden kann:

1. Terrorismus als eine radikale Form der gewalttätigen Abweichung von Normalität lässt sich nicht erklären, ohne die subjektiv empfundene Sinnhaftigkeit terroristischen Handelns von innen her zu verstehen.
2. Abweichendes handeln (hier politisch motivierte Gewalttaten, Anm. d. Autorin) in Hinblick auf Handlungen und Handlungsmotive sind Resultat einer sozialen Karriere, die der Einzelne und die Gruppe hinter sich haben. Hierbei handelt es sich um einen Prozess sozialer Interaktionen zwischen Akteuren des Terrorismus (hier der Täter politisch motivierter Gewalttaten) und ihrer Umwelt, die Eigendynamiken enthalten. Reaktionen der Umwelt können die Einzelnen in ihrem Tun fixieren, hemmen und weitertreiben, (was insbesondere durch eine Verbreitung in Social-Media-Kanälen ins Absurde führt, Anm. d. Autorin).
3. Terrorismus als Gruppenphänomen: Terroristisches Handeln ist immer auch durch innere Prozesse, Strukturen und Probleme einer Gruppe bedingt. Umso mehr, desto isolierter die Gruppe von ihrer

Umwelt ist. Zweifel an der Rechtmäßigkeit und Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns müssen überspielt und verdrängt werden (Neidhardt 1982, S. 319 f.).

Insofern ist es unabdingbar, soziale Bedingungen von Radikalisierung als sozialstrukturelles Problem zu begreifen und entsprechend in Bekämpfungsmaßnahmen und Forschung zu implementieren. Es notwendig an der Zeit, das Phänomen begrifflich zu weiten, um es in seiner Vielgestaltigkeit dann wieder präziser beschreiben zu können. Ein erster theoretischer Appell ist, weniger den Begriff Terrorismus, sondern vielmehr von politisch motivierter Kriminalität in seinen Facetten zu sprechen, die Hassverbrechen inkludiert. Insbesondere der Blick auf Neidhardts theoretische Ansätze zur Beschreibung sozialer Bedingungen im Umfeld radikaler Akteure verdeutlicht die Notwendigkeit, sich der politisch motivierten Kriminalität aus einer sozialstrukturellen Perspektive zu nähern und das Interdisziplinäre zu beschreiben.

„Terrorismus bringt die Menschen aus der Fassung“

Das Zitat von Townshend aus dem Jahr 2005 benennt die derzeit einzige Gesetzmäßigkeit: Politisch motivierte Gewalttaten evozieren kollektives Entsetzen. Ideologieübergreifend und unabhängig vom Modus Operandi, jenseits von Einzeltäter, einer Tätergruppe, von religiösen, revoltierenden oder menschenverachtenden Motiven, wie sie im Phänomenbereich Hasskriminalität zu finden sind.

Bekämpfungsstrategien

Rechtsstaat? Sicherheitsstaat? Risikobeherrschung?

In den Jahren seit 2001 kannte die Entwicklung der Terrorismusbekämpfung eine Richtung. Sichtbar wird diese Richtung zum Beispiel durch sinkende Eingriffsschwellen für Strafverfolgungsbehörden. Dem Gefahrenbegriff kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Ob oder wann eine Gefahr abstrakt, konkret oder unmittelbar bevorsteht, ist ex ante kaum beurteilbar. Strafverfolgungsbehörden handeln de lege lata weit im Vorfeld. Dass so zahlreiche politisch motivierte (Gewalt) Taten verhindert wurden, ist bekannt. Zu dieser Strategie gehört auch, dass nachrichtendienstliche Befugnisse für die Polizei erweitert werden. Auch das funktioniert. Durch die Überwachung von Telekommunikation zum Beispiel gab es Ermittlungserfolge, Attentate konnten verhindert werden, weil die Polizei Tatentschlüsse festnehmen konnte. Seit 2004 gibt es das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“, in dem nachrichtendienstliche und polizeiliche Institutionen und Akteure kooperieren. Das wirft vorsichtige Fragen zur Einhaltung des Trennungsgebotes auf, wengleich auch diese Institution durch die Verzahnung von Auswertungs- und Ermittlungsarbeit als Erfolg versprechend gilt und ist.

Ideen legislativer Gegenstrategien

Der Bonner Strafrechtsprofessor Günther Jakobs beschreibt (oder fordert?) schon seit 1985 ein Strafrecht, dass den sogenannten Feinden der Gesellschaft vorbehalten ist. Das Feindstrafrecht steht hier im Gegensatz zum klassischen Bürgerstrafrecht und soll sich gegen Individuen richten, die eine dauerhafte Gefahrenquelle darstellen, weil sie hartnäckig und unbelehrbar rechtsfeindlich eingestellt sind. Wer konstant rechtsfeindliche Einstellungen hat, ist keine Person im Sinne des Rechts. *„Der prinzipiell Abweichende bietet keine Garantie personalen Verhaltens; deshalb kann er nicht als Bürger behandelt, sondern muss als Feind bekriegt werden“* (Jakobs 2004, S. 88- 95) Das ist Kriegsrethorik, deren Verwendung sicherheitspolitisch modern ist. Für den sozialen Frieden ist diese Idee nicht zu ertragen.

Politisch motivierte Kriminalität als soziales Problem

Nötig ist, bislang praktizierte Bekämpfungsstrategien zu modifizieren. Wenn nicht mehr politischer Umsturzwillen im Vordergrund politisch motivierter Übergriffe steht, wie z.B. bei Straftaten wie Hassverbrechen, die vorurteilsmotivierte physische und/oder psychische Übergriffe gegen Personen oder Sachen beschreiben, müssen auch nachrichtendienstliche und oder polizeiliche Maßnahmen überdacht werden. Die Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte entlarven sich als Hassverbrechen. Die sind auch politisch motiviert, verfolgen aber nicht das Ziel der Auflösung oder Außerkraftsetzung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Es geht um die Entwertung einer Opfergruppe. Diese Taten haben einen Signalcharakter, wollen einschüchtern und verunsichern, und zwar über das konkrete Geschehen hinaus. Die Einschüchterung und Verunsicherung bei der Gruppe soll nachhaltig wirken. In Hanau hat das gut funktioniert, in Rostock-Lichtenhagen auch.

Ideologieübergreifende Radikalisierungsforschung

Wenn sich ein Individuum entschließt, sich einer Gruppe anzuschließen, die politisch motivierte Straftaten begeht, ist diesem Entschluss etwas vorausgegangen. Bei der Betrachtung der Gemeinsamkeiten politisch motivierter Gewalttaten lassen sich ideologieübergreifend soziobiographische Ähnlichkeiten finden. Das sind neben vielen anderen familiäre Rahmenbedingungen, die von prekären Lebenslagen geprägt sind, schulische Probleme und soziale Ausgrenzung. Auch außerfamiliäre Konflikte und Brüche in Bildungskarrieren lassen sich ideologieübergreifend beschreiben (so z.B. Lützing 2010). Der Rückzug in einen Kreis Gleichgesinnter ist nachvollziehbar, die Vermittlung einer Ideologie, die erfolgreiche Erklärungsmuster liefert, leicht. Dass Deprivationserlebnissen auch mit gewalttätiger Selbstdarstellung begegnet wird, wundert wenig. So kann durch Inszenierung von Männlichkeit Macht hergestellt werden. Das lässt sich für rechtsradikale Gewaltakte genauso beschreiben wie für den islamistischen Selbstmordattentäter. Nach defizitdominierten biographischen Entwicklungen wundert es nicht, dass eine neu vermittelte soziale Identität, z.B. als Skinhead oder Jihadist, schnell in den Vordergrund rückt und die eigene problembehaftete Identität verdrängt. Die Szene bietet Lösungsschemata.

Eine Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen schließt unter anderem mit dem Befund, dass, unabhängig vom ideologischen Überbau, die Mehrzahl der Befragten prekäre Lebenslagen kannte und/oder dysfunktionale Bewältigungsstrategien in der Familie erlernt hatte. Die rechtsradikale, die islamistische, die linksradikale und vielleicht auch eine Szene, die sich in der Mitte der Gesellschaft formiert, aber noch keinen Namen hat. Das ist ein soziales Problem. Studienergebnisse zur Pegida-Bewegung zeigen, dass 70 % der befragten Demonstrationsteilnehmer berufstätig sind (Vorländer, Herold und Schäller 2015). Aufmerksamkeit auf ideologische Strömungen in der gesellschaftlichen Mitte zu wenden, ist insofern überfällig. Im Sommer 2016 hat die sogenannte Leipziger Mitte-Studie 2016 erschreckt. Unter dem Titel „Die enthemmte Mitte - Rechtsextreme und autoritäre Einstellung 2016“ erfahren wir, wie es um die Einstellungen der Mittelschicht bestellt ist. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass sich klassisch rechtsextreme Einstellungen in Deutschland kaum verändert hätten und sich antidemokratische Tendenzen in politischen Milieus zeigten (Decker, Kiess, und s / Brähler, (Hrsg.) 2016). Wenngleich die empirischen Befunde methodisch und methodologisch kritisch gelesen werden müssen, fordern sie zur Aufmerksamkeit. Regelmäßig ist die Soziale Arbeit handlungspraktisch ein Ort, gesellschaftliche Strömungen wahrzunehmen. Die Sozialwissenschaften sind der theoretische Ort, diese zu beschreiben und zu beforschen. Idealerweise lassen sie sich verzahnen.

„Terroristen sind immer die anderen“

Scheerer (Scheerer 2002, S. 19) bringt auf den Punkt, wie ideologische Abgrenzung politisch korrekt funktioniert. Aber wer sind denn die, diese anderen? Das sind muslimisch Gläubige, die in einer Moschee radikalisiert wurden? Das sind psychiatrisch Diagnostizierbare, die in Norwegen und Hanau um sich schießen? Das sind Neonazis, die im „Nationalsozialistischen Untergrund“ lebten? Das ist zu kurz gegriffen und vernachlässigt aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen.

Interdisziplinäre Radikalisierungsforschung und Theorie-Praxis-Verzahnung

Diese Befunde zeigen, dass der Staat mit seinem Gewaltmonopol alles tut, um Anschläge zu verhindern. Dass Rechtstheoretiker wie Jakobs bemerkenswerte Vorschläge machen, Feinde der Gesellschaft zu konstruieren. Gezeigt wurde auch, dass aus der gesellschaftlichen Mitte Tendenzen kommen, die die Aufmerksamkeit in diese Mitte lenken müssen. Und dass Radikalisierung ideologieübergreifend Ähnlichkeiten aufweist. Das bedeutet, dass Radikalisierung unabhängig von Motiv und Ideologie zum Thema wissenschaftlicher, politischer und sozialstruktureller Fragestellungen gemacht werden muss. Es genügt nicht, über Terrorismus zu sprechen und so zu tun, als beträfe dieser stets die anderen. Würden bislang praktizierte Bekämpfungsstrategien und Forschungsansätze greifen, würde sich die Zahl der Anschläge nicht so erhöhen, wie sie es seit 2010 getan hat.

Es gibt Defizite in interdisziplinärer Forschung zu Radikalisierungsprozessen. Es gibt keine interdisziplinären Arbeitsansätze, die das Fachwissen der Professionen aus Polizei, Sozialer Arbeit, Verfassungsschutz, Politikwissenschaft, Sozialwissenschaft, Strafrechtswissenschaft, Islamwissenschaft, Informatik und anderen bündelt. Fachhochschulen, die qua wissenschaftlicher Ausrichtung die richtige Institution sind, um handlungswissenschaftliche Forschung zu betreiben, widmen sich der interdisziplinären Radikalisierungsforschung nicht und vergeben sich die Möglichkeit, durch die Verzahnung von Theorie-Praxis

epistemologisch Neues zu generieren. Es gibt keine Forschung, die sich interdisziplinär mit Radikalisierung beschäftigt. Das, was es empirisch zu greifen gilt, ist der Phänomenbereich Radikalisierung, die Entstehung zur Bereitschaft, politisch motivierte Straftaten zu begehen. Das bedeutet, dass sich Akteure aus verschiedenen Disziplinen mit ihrer Expertise und ihrer Erfahrung austauschen müssen.

Ausblick

Es gibt eine Pegida-Bewegung. Es gibt Wahlerfolge der AFD. Es gibt Jugendliche, die sich in Windeseile, oft durch das Internet, radikalieren. Der sogenannte Homegrown Terrorism entsteht, wenn sich unauffällige, nicht außergewöhnlich (religiös) lebende Menschen für das soziale Umfeld nicht nachvollziehbar radikalieren. Das sind neue Formen der Radikalisierung, das ist aber kein neuer Terrorismus.

Empfindliche Seelen mögen hier eine hysterische Verunglimpfung Einzelner, eine übertriebene Warnung vor dem gesellschaftlichen Untergang herauslesen. Das kann sein. Es ist aber in erster Linie ein Plädoyer für eine interdisziplinäre Radikalisierungsforschung, die Expertise von Wissenschaft und Praxis bündelt, um eine empirische Basis zu schaffen, die auf der Handlungsebene umgesetzt werden kann. *„Wenn wir die verborgenen Übereinstimmungen zwischen Phänomenen erkennen, die an der Oberfläche als völlig verschieden erscheinen, wird unsere Sicht von ihnen (...) veränder[n] Matza 1973, S. 78).*

Literaturverzeichnis:

- Bongartz, Bärbel (2013): Hassverbrechen und ihre Bedeutung in Gesellschaft und Statistik: Zum Dilemma der Wahrnehmbarkeit vorurteilsmotivierter Straftaten. Forum Verlag Godesberg
- Decker, Oliver /Kiess, Johannes/ Brähler, Johannes (Hrsg.) (2016) *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland.* <https://www.boell.de/de/2016/06/15/die-enthemmte-mitte-studie-leipzig>, Abruf 23.9.2016
- Fuchs-Heinritz, Werner et al. (Hrsg.)(1995) *Lexikon zur Soziologie.* 3. Aufl., Westdeutscher Verlag, Opladen
- Jakobs, Günther (2004): *Bürgerstrafrecht und Feindstrafrecht.* In: Onlinezeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht, 5. Jg., Heft 3, S. 88- 95
- Krupna, Karsten (2009) Das Konzept der „Hate Crimes“ in Deutschland. Eine systematische Untersuchung der Kriminalitätsform, der strafrechtlichen Erfassungsmöglichkeiten de lege lata und der Verarbeitung in der Strafrechtspraxis. Peter Lang, Frankfurt am Main
- Lützinger, Saskia (2010) BKA-Bundeskriminalamt (Hrsg.): *Die Sicht der Anderen - Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen.* Luchterhand Verlag.
- Matza, David (1973) *Abweichendes Verhalten, Untersuchungen zur Genese abweichender Identität.* Quelle & Meyer, Heidelberg 1973
- Neidhardt, Friedhelm (1982) *Soziale Bedingungen terroristischen Handelns. Das Beispiel der „Baader-Meinhof-Gruppe“ (RAF).* In: Bundesministerium d. Inneren (Hrsg.), *Analysen zum Terrorismus*, Bd. 3, Opladen. (S. 319f.)
- Rössner, Dieter/Bannenber, Britta/Coester, Marc (2010) *Arbeitsgruppe Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – Einführung und Empfehlungen.* Langfassung, Deutsches Forum Kriminalprävention, http://www.bmj.bund.de/files/-/1283/Einfuehrung_und_Empfehlungen_der_Arbeitsgruppe-Langfassung.pdf, (11.11.2010)
- Scheerer, Sebastian (2002): *Die Zukunft des Terrorismus.* Verlag zu Klampen
- Townshend, Charles (2005): *Terrorismus.* Reclam Verlag, Stuttgart
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2015): *Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden.* Onlinepublikation der TU Dresden: https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/.../vorlaender_herold_schaeller_pegida_studie, Abruf 28.9.2016